

Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses des
Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe für
das Haushaltsjahr 2008

Bericht vom 06.07.2009

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag.....	2
2. Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen	2
3. Ergebnis der Prüfung	3
3.1. Satzung des Zweckverbandes NWL.....	3
3.2. Haushaltssatzung.....	3
3.3. Eröffnungsbilanz	3
3.4. Haushaltsplan.....	3
3.5. Gesamtbetrag der Kredite.....	4
3.6. Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen.....	4
3.7. Höchstbetrag der Kassenkredite.....	4
3.8. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008	4
3.9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben	4
3.10. Prüfung der Auftragsvergaben.....	4
3.11. Prüfung der Kassenanordnungen.....	5
3.12. Festsetzung der Verbandsumlage.....	6
3.13. Jahresabschluss	6
3.14. Risikobericht.....	8
3.15. Inventurrichtlinie	8
3.16. Prüfung der Belege	8
4. Schlussbemerkungen.....	9

1. Prüfungsauftrag

Zum 14.01.2008 schlossen sich die unten aufgeführten Zweckverbände zu einem Zweckverband „Nahverkehr Westfalen-Lippe“ (NWL) nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit zusammen.

Er soll als Dachverband auf eine integrierte Verkehrsplanung im ÖPNV hinwirken. Er ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV).

Zu diesem Verband gehören folgende Mitglieder:

Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe
Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Münsterland
Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter
und Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd.

Grundlagen, Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der einzelnen Mitglieder ergeben sich aus folgenden Unterlagen:

1. Satzung des Zweckverbandes NWL
2. Geschäftsordnung für den Zweckverband NWL
3. Geschäftsordnung der Geschäftsführung Zweckverband NWL
4. Vereinbarung (zwischen NWL und Mitgliedsverbände)
5. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Ausgestaltung der Organisationsstrukturen des Schienenpersonennahverkehrs in Westfalen-Lippe
6. Richtlinie zur Ausgestaltung der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung des Zweckverbandes NWL
7. Inventurrichtlinie mit Leitfaden für Bewertung von Aktiva und Passiva

Die Übertragung der Prüfung des Jahresabschlusses vom Zweckverband „Nahverkehr Westfalen-Lippe“ 2008 erfolgte am 28.05.2008 durch die Verbandsversammlung auf das Rechnungsprüfungsamt Bielefeld.

2. Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen

Vom Rechnungsprüfungsamt wurden die Eröffnungsbilanz, der Haushaltsplan und der Jahresabschluss mit allen Anlagen vollständig geprüft, außerdem stichprobenartig die Finanzbuchhaltung und die Vergaben.

Zur Prüfung haben folgende Unterlagen vorgelegen:

- die Kassenkonten,
- Belege (teilweise),
- die Eröffnungsbilanz 2008,
- der Jahresabschluss 2008 mit Anlagen,
- der Haushaltsplan 2008 mit Anlagen,
- die Inventurrichtlinie.

3. Ergebnis der Prüfung

3.1. Satzung des Zweckverbandes NWL

Die Verbandssatzung ist der Bezirksregierung Arnsberg als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 18.12.2007 angezeigt worden. Der Regierungspräsident hat keine rechtlichen Bedenken gegen die Verbandssatzung geltend gemacht. Die Satzung trat zum 01.01.2008 in Kraft und wurde gemäß der gesetzlichen Bestimmung am 21.12.2007 im Regierungsamtsblatt öffentlich bekannt gemacht. Die Satzung wurde von der Verbandsversammlung am 14.01.2008 beschlossen.

3.2. Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung 2008 ist nach den Formvorschriften der §§ 78 ff. GO NRW ordnungsgemäß vorbereitet und von der Verbandsversammlung am 14.01.2008 rechtsverbindlich beschlossen worden.

Die Satzung wurde der Bezirksregierung Arnsberg als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 15.01.2008 angezeigt. Der Regierungspräsident hat keine rechtlichen Bedenken gegen die Haushaltssatzung geltend gemacht. Die Haushaltssatzung wurde gemäß der gesetzlichen Bestimmung am 16.02.2008 im Regierungsamtsblatt öffentlich bekannt gemacht.

3.3. Eröffnungsbilanz

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und außerdem ein Gemeindeverband. Somit gelten hier die Vorschriften des §§ 92 ff. GO sowie das NKF Einführungsgesetz NRW.

Eine Eröffnungsbilanz ist nach NKF zum 01.01.2008 aufgestellt worden. Das ist der gesetzlich vorgegebene Bilanzstichtag gem. § 1 NKF Einführungsgesetz. Die Aufstellung der Vermögens- und Schuldenlage erfolgt gem. § 92 Abs. 1 bis 3 GO NRW.

Die Eröffnungsbilanz ist mit Nullwerten versehen, da zum Stichtag 01.01.2008 weder Anlagevermögen noch Eigenkapital vorhanden waren. Daher gibt es keine Aufstellung von dem Anlagevermögen und auch keinen Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel.

Die Hauptgeschäftstätigkeit des Dachverbandes in 2008 war der Aufbau der erforderlichen Arbeitsstrukturen. Die Bewertung der Vermögenswerte in der Eröffnungsbilanz entspricht den zu diesem Zeitpunkt bestehenden objektiven Verhältnissen.

Die Eröffnungsbilanz zum Bilanzstichtag 01.01.2008 wurde von der Verbandsversammlung am 28.05.2008 beschlossen.

3.4. Haushaltsplan

Der Haushaltsplan ist in Planung und Rechnung ausgeglichen. Gem. § 75 GO NRW bedeutet „ausgeglichen“, dass der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht. Das Gesamtplanvolumen aller Erträge und Aufwendungen beträgt 271 Mio. €. Dem Haushaltsplan waren alle vorgeschriebenen

Anlagen beigelegt. Er ist aber nicht nach den Formvorschriften gem. § 1 ff GemHVO aufgestellt worden. Eine Zeitreihe der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sowie Teilpläne gem. § 79 GO NRW sind nicht vorhanden. Durch die Neugründung ist ein Vorjahresvergleich nicht möglich.

Zukünftig sollten in der Zeitreihe die vergangenheitsbezogenen Ergebnisse des Vorjahres und die Haushaltspositionen des Vorjahres vor den für das Haushaltsjahr zu veranschlagenden Erträgen und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen abgebildet werden.

Den Ansätzen für das Haushaltsjahr sind dann zukunftsbezogen die Planungspositionen der dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahre anzufügen.

Durch den neuen Aufbau des Haushaltsplans soll der Ressourcenverbrauch vollständig berücksichtigt werden.

3.5. Gesamtbetrag der Kredite

Eine Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2008 war nicht vorgesehen.

3.6. Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen, die in Finanzplänen auszuweisen sind, gibt es nicht.

3.7. Höchstbetrag der Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, liegt bei der Wertgrenze von 30.000 €.

3.8. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008

Es haben sich keine Änderungen der Erträge und Aufwendungen ergeben, daher ist kein Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 aufgestellt worden.

3.9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Im Haushaltsjahr 2008 war weder die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes erforderlich, noch haben sich beim NWL Haushaltsüberschreitungen ergeben.

3.10. Prüfung der Auftragsvergaben

Die Vergaben werden in drei Arten eingeteilt:

- öffentliche Ausschreibung
- beschränkte Ausschreibung
- freihändige Ausschreibung

Auftragsvergaben müssen grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden.

Bei der Vergabe von Aufträgen aller Art liegt die Unterschriftsbefugnis beim Verbandsvorsteher, die er nach § 1 Geschäftsordnung der Geschäftsführung NWL und § 10 Abs. 4 Satzung NWL der jeweiligen Geschäftsführung übertragen kann.

Für die Vergabe, Ausführung und Abrechnung von Bauleistungen gelten die Bestimmungen der VOB und VOF.

Die Ermächtigungen sind in Wertgrenzen festgelegt, die Gesamtvergaben dürfen nicht aufgeteilt werden und die erforderlichen Haushaltsmittel müssen zur Verfügung stehen.

Für die Durchführung von Vergabeverfahren bei Verkehrsverträgen und sonstigen Ausschreibungen mit einem Auftragwert größer als 1 Mio. € ist gem. § 7 (3) der Satzung des NWL i. V. mit § 6 Geschäftsordnung NWL ein Vergabeausschuss zu gründen.

Eine beschränkte Ausschreibung erfolgt bei einem Auftragswert bis 100.000 €.

Falls der Wert des Auftrages unter 50.000 € liegt, befindet sich die Unterschriftsbefugnis beim jeweiligen Geschäftsführer des Zweckverbandes, wobei hier sicherzustellen ist, dass die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Bei freihändigen Vergaben (bis 25.000 €) ist die Verbandsversammlung im Rahmen der Jahresrechnung zu unterrichten.

Die vom Zweckverband getätigten Auftragsvergaben wurden stichpunktartig geprüft. Beanstandungen hinsichtlich der geprüften Vergabeentscheidungen haben sich nicht ergeben.

Für die Infrastrukturförderung hat der NWL jährlich einen Katalog mit den zu fördernden Maßnahmen aufzustellen, durch Beschluss der Verbandsversammlung festzulegen und anschließend der Bezirksregierung Arnsberg gem. § 12 ÖPNVG anzuzeigen.

Die Vergaben von Verkehrsdienstleistungen waren nicht Bestandteil dieser Prüfung.

3.11. Prüfung der Kassenanordnungen

Die Kassenanordnungen und die Unterschriftsbefugnisse für den NWL sind in der Geschäftsordnung und in den Richtlinien, die unter Punkt 1 genannt sind, geregelt. Kassenanordnungen dürfen nur die ermächtigten Mitarbeiter unterzeichnen. Die Ermächtigungen sind in Betragsgrenzen und in Fachbereiche aufgeteilt. Die einzelnen Kassenanordnungen dürfen nicht aufgeteilt werden.

Für die Bereitstellung der Mittel des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) wird zu Beginn des Jahres vom Vorstandsvorsitzer die entsprechende Auszahlungsanordnung unterzeichnet.

Im § 31 GemHVO wird die ordnungsgemäße Erledigung der Aufgaben in der Finanzbuchhaltung geregelt. Der Geschäftsablauf muss gewisse Sicherheitsstandards berücksichtigen, die beim NWL wie folgt organisiert sind:

Die Eingangsrechnung erhält im Sekretariat einen Eingangstempel mit Datum. Danach werden sie dem Geschäftsführer bzw. dem Büroleiter vorgelegt, der sie nach Sichtung abzeichnet. Für die sachliche und rechnerische Feststellung ist ein Sachbearbeiter zuständig, der die Rechnung mit einem weiteren Stempel versieht.

Die geprüfte Rechnung geht zur Zahlungsabwicklung an den Mitarbeiter, der die Online-Überweisung im Sparkassenprogramm S-Firm veranlasst. Der erstellt den Zahlungsvorschlag und gibt ihn nach Prüfung frei. Mit einer weiteren Unterschrift zeichnet der Geschäftsführer den Zahlungsvorschlag ab.

Eine tägliche Kontrolle über den Kontostand im Online-System stellt die Zahlungsfähigkeit sicher. Auf dem Girokonto befinden sich nur die Mittel, welche für die laufenden Zahlungen erforderlich sind. Für größere Beträge ist das Geldmarktkonto vorgesehen.

Die Buchhaltung wird betreut von der Steuerberatungsfirma Ebbers & Esken in Unna. Unter Beachtung der Sicherheit, Überwachung und Aufsicht kann der NWL die Abwicklung der Finanzbuchführung lt. § 94 GO NRW von Dritten besorgen lassen.

Die vom Steuerberater gebuchten Unterlagen kommen zurück in die Geschäftsstelle. Dort werden die Buchungsunterlagen, die Kontoauszüge und die monatliche Übersicht (Ausdruck aus dem DATEV-Programm) verwahrt.

Der oben erläuterte Ablauf stellt sowohl die Kassensicherheit, als auch die vorgeschriebene Funktions- und Aufgabentrennung im geforderten Umfang sicher. Bemerkungen haben sich daher nicht ergeben.

3.12. Festsetzung der Verbandsumlage

Nach § 12 der Satzung war die Festsetzung einer Verbandsumlage nicht vorgesehen, kann aber gem. § 14 erhoben werden, falls die Landesmittel nicht ausreichen. Die Aufgabenwahrnehmung des Dachverbandes ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Finanzierung erfolgt aus öffentlichen Mitteln anhand einer jährlichen Pauschale.

3.13. Jahresabschluss

Die Bilanzierung im neuen kommunalen Finanzsystem ist eng an den handelsrechtlichen Vorschriften angelehnt. Nach dem Grundsatz der Vollständigkeit gem. § 246 HGB ist eine mengenmäßige Erfassung aller Bestände (Vermögen und Schulden) vorzunehmen. Die Geschäftsvorfälle sind nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) in der Finanzbuchhaltung zu erfassen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Jahresabschluss wurden nach dem NKF umgesetzt und ergeben ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild. Der Lagebericht stellt das Ergebnis des Jahresabschlusses und die zukünftige Entwicklung richtig dar.

Das Vermögen wird einheitlich im Inventar abgebildet und nach Bewertungskriterien der Inventurrichtlinie bewertet. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen sind zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und um die planmäßige AfA vermindert. Ein Anlagenspiegel ist beigelegt.

Für die Erstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Das Gesamtkostenverfahren gem. § 275 HGB berücksichtigt alle Kosten, die in der betrachteten Rechnungsperiode bei der betrieblichen Leistungserstellung entstanden sind, und stellt ihnen alle erzielten Erlöse gegenüber.

Schulden bestehen nicht. Es gibt keinen Forderungs- bzw. Verbindlichkeitspiegel im Anhang. Einzelne Bilanzpositionen, wie aktive Rechnungsabgrenzungsposten und Rückstellungen, sind erläutert worden. Die Bilanzsumme zum 31.12.2008 beträgt 242.776 T€

In der Vereinbarung vom 01.02.2008 zwischen dem NWL und den Mitgliedsverbänden wurde dem NWL auf der Grundlage des § 2 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur

Ausgestaltung der Organisationsstrukturen des Schienenpersonennahverkehrs eine Mitbenutzung der personellen, räumlichen und technischen Ausstattung in den Geschäftsstellen der Mitgliedsverbände eingeräumt. Dafür wird kein besonderes Entgelt erhoben und es gibt auch keine internen Verrechnungen.

Die Räume und die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Hauptgeschäftsstelle in Unna sind angemietet.

Der Zweckverband ist alleiniger Empfänger aller Zuweisungen vom Land. Gem. § 11 ÖPNVG NRW wird eine Pauschale i.H.v. 254.792 T€ gezahlt, die die Sicherstellung eines bedarfsgerechten SPNV-Angebots gewährleisten soll.

Der NWL kann eigenverantwortlich über die Gesamtsumme verfügen. Von dort aus werden die Mittel an die Mitglieder verteilt, wobei die Transferaufwendungen an die einzelnen Mitglieder sich nach den Haushaltsplänen richten.

Die Mittel können die Zweckverbände auch für andere Zwecke des ÖPNV verwenden. Es besteht nur dann die Pflicht zur Rückzahlung, wenn Mittel übrig bleiben. Bei drohender Rückforderung zum Bilanzstichtag ist eine Rückstellung oder eine Verbindlichkeit in der Bilanz des Zweckverbandes NWL zu passivieren.

Zuweisungen für die laufende Verwaltungstätigkeit werden ergebniswirksam unter der Haushaltsposition „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ veranschlagt.

Die Verwendung der Zuschüsse ist richtig dargestellt. In der Gewinn- und Verlustrechnung einmal als Ertrag unter den Posten „Zuwendungen und allgemeine Umlage“. Bei der Verausgabung stellen sie Aufwand dar, der unter „Transferaufwendungen“ verbucht wird.

Durch diese Verbuchung wirken sie sich ergebnisneutral in der Buchhaltung aus und führen zu keinem bilanzierungsfähigen Geschäftsvorfall.

Die Gesamterträge liegen bei 255.256 T€, davon betrugen die Zuwendungen des Landes für die SPNV-Pauschale 254.792 T€. Daraus ergibt sich eine Zuwendungsquote bezüglich der SPNV-Pauschale i.H.v. 99,817 %.

Die restlichen Erträge bestehen aus Bedarfszuweisungen vom Land für das Kompetenzzentrum „Integraler Taktfahrplan“, in Bielefeld (253 T€), Kostenerstattungen des Landes für die Abteilung Infrastrukturförderung in Münster (188 T€) und Zuweisungen zur freien Verwendung von der Bezirksregierung Detmold (23 T€).

Über DATEV wird eine monatliche Auswertung erstellt. Grundlage dafür sind die gebuchten Geschäftsvorfälle. Diese Auswertung beinhaltet eine Erfolgsrechnung, die sich in ein Finanzergebnis, ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis unterteilt.

Durch die Neugründung ist ein Vorjahresvergleich nicht möglich. Eine Gegenüberstellung des Jahresabschlusses mit dem Haushaltsplan wurde nachgereicht.

Eine Ergebnisrechnung gem. § 95 GO NRW und § 38 GemHVO NRW wurde nicht erstellt. In Zukunft sollten die Ist-Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres und des Vorjahres sowie die fortgeschriebenen Planansätze des Haushaltsjahres aufgezeigt werden. Ein Vergleich Plan-/Ist sollte außerdem dieser Zeitreihe angefügt werden, um Abweichungen mit den im Haushalt festgelegten Zielen festzustellen.

Eine Analyse des Jahresabschlusses ist für ein funktionierendes Finanzcontrollsystem wichtig, da die Qualität von Haushaltsplanung und -kontrolle die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation wesentlich beeinflusst.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2008 weist einen Überschuss i.H.v. 191.623 € auf, der laut Beschluss vom 19.03.2009 in die Rücklage zuzuführen und dort entsprechend auf den jeweiligen Bilanzpositionen zu verbuchen ist.

Die Erläuterungen zum Jahresüberschuss liegen vor, der Hauptanteil mit 157.913 € besteht aus Mitteln der SPNV-Pauschale gemäß § 11 ÖPNVG NRW, die bis zum 30. Juni des Folgejahres auszugeben oder ansonsten an das Land zurückzuerstatten sind. Eine Rückzahlung an das Land kommt für den NWL nicht in Betracht, da er die Mittel fristgerecht verbraucht hat.

Der Restbetrag teilt sich in Zinsgewinne i.H.v. 10.710 €, in eine Mittelzuweisung ohne Zweckbindung von der Bezirksregierung Detmold i.H.v. 23.000 € und verschiedene geringfügige Einsparungen bei den ordentlichen Aufwendungen auf.

Die Aufgabenwahrnehmung des Dachverbandes ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, somit können auch keine originären Gewinne entstehen.

3.14. Risikobericht

Durch die Finanzierung über öffentliche Mittel gibt es keine Risiken im Sinne einer Bestandsgefährdung. Zinsrisiken haben sich nicht ergeben, da die Anlage des Festgeldes auf einem Festgeldkonto erfolgt.

Eine Teilraumergebnisrechnung für die einzelnen Verbände gem. § 13 der Satzung NWL befindet sich im Aufbau.

3.15. Inventurrichtlinie

Eine Inventurrichtlinie für den Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe liegt vor. Sie beinhaltet die Planung, Durchführung der Inventur und Aufstellung und Bewertung des Inventars.

Das Vermögen und die Verbindlichkeiten werden hier einheitlich abgebildet und nach gleichen Kriterien bewertet. Die Bewertung des Inventars richtet sich nach dem Leitfaden zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens des Landes NRW.

Ein Brutto-Anlagenspiegel ist zum 31.12.2008 erstellt worden mit einem Buchwert i.H.v. 55.481 €, davon betrugen die kumulierten Abschreibungen 7.126,28 €.

3.16. Prüfung der Belege

Aufgrund der Neugründung des Zweckverbandes wurden auch die rechtlichen Grundlagen (siehe Punkt 1) mit in die Prüfung einbezogen. Sie sind Grundlage für einen reibungslosen Geschäftsablauf.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Belege stichprobenweise geprüft. Bedenken sind im Rahmen der Prüfung ausgeräumt worden. Weitere Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

4. Schlussbemerkungen

Der Jahresabschluss und der Anhang vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage des Verbandes. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Bestimmungen wurden beachtet. In Zukunft sollten die Aufstellungen dem Muster für das doppelte Rechnungswesen entsprechen.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt ebenfalls ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage.

Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Dieser Bestätigungsvermerk wird ohne Einschränkungen erteilt. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt der Verbandsversammlung, dem Verbandsvorsteher die Entlastung zu erteilen.

Bielefeld, den 06.07.2009



(Wiens)
Prüferin



(Linnenbrügger)
stellv. Leiter des Rechnungsprüfungsamtes